

# SEBASTIAN BREHM

## Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,  
liebe Bürger!**

Mit Verspätung hat der Bundestag in dieser Woche den Bundeshaushalt für das laufende Jahr beschlossen. Und das hatte seine Ursache keineswegs in dem Urteil, mit dem das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung eine verfassungswidrige Haushaltspolitik bescheinigte. Das Haushaltschaos 2024 hatte einen längeren Vorlauf.

Vom Start weg stritten SPD, Grüne und FDP monatelang um das Zahlenwerk. Finanzminister Christian Lindner war nicht fähig, das Chaos mit Eckwerten einzugrenzen. Statt eines soliden Etatentwurfs lag am Ende ein allgemeines Wünsch-dir-was auf dem Tisch.

Lindner suchte Hilfe bei Bundeskanzler Olaf Scholz. Doch auch auf den Kanzler wollte keiner hören. Der Sparwille der Ministerinnen und Minister blieb mit 2,5 Milliarden Euro sehr überschaubar. So kam schließlich ein von vornherein nicht gedeckter Etatentwurf ins Parlament. Höhere Steuern und Abgaben oder höhere Kredite waren so vorprogrammiert. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Rot-Grün-Gelb schwant indessen längst, dass man mit der Schulden- und Belastungspolitik

an die Grenzen gekommen ist und sucht nach Auswegen. Im Mittelpunkt: die Schuldenbremse, deren Aufweichung aus den Reihen von SPD und Grünen seit dem Karlsruher tagaus tagein gefordert wird. Wirtschaftsminister Robert Habeck hat die Debatte jetzt um die Idee eines Sondervermögens für Subventionen bereichert. Mehr im Newsletter.

Bemerkenswert in der Haushaltsdebatte: Die notorisch streitsüchtige Ampelkoalition trägt ihre Konflikte mittlerweile auch offen im Bundestag aus. Anlass ist der schwelende Streit über eine Anhebung des Kinderfreibetrages. Nie und nimmer habe es die Absprache gegeben, dass der Erhöhung des Kindergeldes eine zeitversetzte Erhöhung des Kinderfreibetrages folgen müsse. „Ich habe diese Verabredung nicht getroffen“, wettete SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich in Richtung FDP, die auf einen solchen Zusammenhang hingewiesen hatte. Offenbar ist in der Ampel nicht nur zunehmend unklar, wohin die Reise gehen soll. Man kann sich nicht einmal mehr darüber verständigen, was man vereinbart hat.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich  
Ihr Sebastian Brehm

## Haushalt 2024 - Höhere Steuern und Abgaben - mehr Kredite



Man müsse jetzt mehr sparen, hieß es seitens der rot-grün-gelben Koalition nach dem Stopp für die Haushaltstricks der Ampel durch das Bundesverfassungsgericht. Das Ergebnis ist ein Etat mit Ausgaben in Höhe von knapp 477 Milliarden Euro - 32 Milliarden Euro mehr als ursprünglich vorgesehen. Statt einer geplanten Einsparung von 3,4 Prozent gegenüber 2023 ein Plus von 3,4 Prozent. Kräftig aufgestockt, statt eingespart.

Finanziert wird das unter anderem mit einer deutlichen Ausweitung der Neuverschuldung um 22 Milliarden Euro auf mehr als 39 Milliarden Euro und einem Haushaltsfinanzierungsgesetz, das Steuer- und Abgabenerhöhungen auf breiter Front von insgesamt gut 17 Milliarden enthält.

Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies: Heizen, Kochen, Einkaufen, Autofahren, Urlaub, der Besuch im Gasthaus – alles wird teurer. Dazu droht die seit Dezember 2023 gültige drastische Mauterhöhung für Lkw auf die Preise durchzuschlagen. Und eine zweite Maut-Runde für dieses Jahr ist bereits beschlossen.

Leidtragende ist vor allem die breite Mitte der

Leistungsträger. Trotz einer Anhebung des steuerfreien Grundfreibetrags bleibt ihnen nach Berechnungen von Wirtschaftsforschern unter dem Strich weniger Netto vom Brutto.

Die Ampel fand auch noch Kassenreste aus dem Vorjahr in Höhe von 6,3 Milliarden Euro. Ein Volumen, aus dem man leicht auch die teilweise Steuerrückvergütung für den Agrardiesel hätte finanzieren können. Doch die Bäuerinnen und Bauern waren der Ampel hier keinen Cent wert.

Auffällig im Haushalt ist ein besonders deutlicher Anstieg um gut vier Milliarden Euro bei den Ausgaben des Arbeits- und Sozialministeriums. Das Bürgergeld hinterlässt Spuren. Gleichzeitig kürzt die Regierung die Zuführung zur gesetzlichen Rentenversicherung um mehr als eine halbe Milliarde Euro.

Haushaltsverlierer: Verteidigungsminister Boris Pistorius. Seine lautstarken öffentlichen Forderungen nach deutlich mehr Geld für die Bundeswehr angesichts der verschärften außenpolitischen Bedrohungslage endete mit einem mageren Zuwachs von wenigen hunderttausend Euro. Weil das für den Normalbetrieb der Truppe nicht reicht, bedient sich die Ampel aus dem „Sondervermögen Bundeswehr“. Das ist eigentlich nur für Beschaffungen zur raschen Verbesserung der Ausrüstung der Armee gedacht. Die Ampel entwertet es aber immer mehr als allgemeinen Steinbruch für ihre Haushaltspolitik.

Die größte Fehlstelle: dringend notwendige Impulse zur Überwindung der gegenwärtigen Rezession. Wirtschaftsforscher haben bereits gewarnt, die Belastungen durch das Haushaltsfinanzierungsgesetz verlängerten die Rezession und bedeuteten eine Beschleunigung der Inflation. Wo die grundsätzlichen Probleme

liegen, habe ich in meiner [Rede während der allgemeinen Finanzdebatte](#) deutlich gemacht.



**Sebastian Brehm:** „Ohne einen Kurswechsel in der Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik kommt Deutschland aus dem Konjunkturloch nicht heraus.“

Wichtige Eckpunkte sind international wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern sowie ein deutlich höherer steuerlicher Grundfreibetrag und steuerfreie Überstunden, damit sich Arbeit wieder lohnt. Wir brauchen Respekt vor Leistung.“

## Lindners Scheinriese



Noch nie habe das Land einen höheren Investitionshaushalt gehabt als für 2024, verkündete Bundesfinanzminister Christian Lindner in dieser Woche stolz. Was sich auf den ersten Blick gut anhört, offenbart bei näherem Hinsehen seinen Pferdefuß. Der Begriff Investitionen ist ganz offenbar sehr dehnbar.

Denn unter Investitionen finden sich im Etat viele Ausgaben, die nur mit erheblicher Phantasie unter das fallen, was Bürgerinnen und Bürger gemeinhin unter Investitionen verstehen. Da sind zum Beispiel 6,9 Milliarden Euro im Bereich

Entwicklungshilfe, die in erster Linie Darlehen und Zuschüsse an und in andere Länder sind. Und hinter den 2,5 Milliarden Euro unter dem Titel Gewährleistungen in demselben Etat verbergen sich Bürgschaften und Garantien für aufgefallene Zahlungen bei Förderprojekten. Auch unter Investitionen aufgelistet sind zwölf Milliarden Euro für das sog. Generationenkapital, besser bekannt als Aktienrente. Damit will der Bund Aktien kaufen, die nach ihren Vorstellungen ab 2030 die Rentenkasse stabilisieren sollen.

Nimmt man die klassischen Investitionen in den Blick, schrumpft Lindners Investitionsrekord arg zusammen: 16,3 Milliarden Euro für Schienenwege. 8,5 Milliarden Euro für Bundesfernstraßen und vier Milliarden Euro für Wohnungsbau und Städtewesen. Ob all diese Mittel verbaut werden können, muss sich erst noch zeigen. In den vergangenen Jahren blieben immer wieder Mittel ungenutzt – wegen fehlender Baukapazitäten oder überlanger Planungs- und Genehmigungsverfahren.



**Sebastian Brehm:** „Lindners Investitionsrekord ist eine Shownummer. Er macht das Volumen künstlich größer als es tatsächlich ist. Das Ganze

erinnert an den Scheinriesen Tur Tur aus dem Kinderbuch ‚Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer‘, der beim Näherkommen immer kleiner wird. Aufmerksam beobachten muss man auch, welches Volumen tatsächlich umgesetzt werden kann. Denn das ist es, was am Ende zählt.“

## Die rot-grün-gelbe Suche nach neuen Haushaltstricks



Die Schuldenbremse im Grundgesetz wurde einst als Konsequenz aus der Euro-Krise eingeführt. Sie sollte die Währungsstabilität vor Gefahren durch übermäßige staatliche Kreditaufnahme schützen. Das warnende Beispiel damals: das völlig überschuldete Griechenland. Es musste von der EU mit einer dreistelligen Milliardensumme gerettet werden, um ein Auseinanderbrechen des Euro-Raumes zu verhindern. Der politischen Linken und den Gewerkschaften war die Schuldenbremse von Beginn an ein Dorn im Auge.

Seit der rot-grün-gelbe Versuch, die Schuldenbremse mit „Sondervermögen“ und Buchungstricks auszuhebeln, am Bundesverfassungsgericht gescheitert ist, hat die Debatte aufs Neue Fahrt aufgenommen. Der neue, alte Vorwurf: Die Schuldenbremse verhindere Zukunftsinvestitionen und gefährde dadurch den Wohlstand.

Das dabei gezeichnete Bild einer starren Schuldenbremse hält dem Realitätscheck freilich nicht stand. Denn der Bund darf in einem gewissen Spielraum durchaus neue Schulden machen, bis zu 0.35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts jährlich. Eine

Konjunkturkomponente sorgt zudem für einen erweiterten Schuldenspielraum in schlechten Zeiten. Grünen und SPD aber reicht das nicht. Dort strebt man unter dem Stichwort „zukunftsfest“ nach einem Freibrief für Schulden.

Die Grünen hatten schon vor Jahren ein riesiges Schuldenpaket von 500 Milliarden Euro zur Finanzierung angeblicher Zukunftsprojekte gefordert. Die Begründung: Angesichts der damaligen Nullzinspolitik der EZB kostete das nichts. Dass Schulden auch zurückgezahlt werden müssen, also künftige Haushalte und Generationen belasten, schob man beiseite.

Der Plan, die Schuldenbremse zu schleifen, stößt jedoch an Grenzen. Da ist einmal die Uneinigkeit in der Koalition. Die FDP wehrt sich – noch – dagegen. Zudem ist die Schuldenbremse gut geschützt vor allzu begierigen „Reformern“ im Grundgesetz verankert. Eine Änderung wäre nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit möglich.

Die Ampelkoalition sucht unterdessen nach neuen Schlupflöchern für unbegrenztes Schuldenmachen. Wirtschaftsminister Robert Habeck wartete in der Haushaltsdebatte des Bundestages mit der Idee eines milliardenschweren Sondervermögens für Subventionen auf. Es soll große Unternehmen retten, die als Folge rot-grün-gelber Politik in Schieflage geraten.

Und damit das Verfassungsgericht der Ampel nicht wieder in die Quere kommt, soll der neue Riesenschuldensack im Grundgesetz verankert werden. Was bei ihm fehlte, waren klare Impulse für einen Weg aus der gegenwärtigen Rezession.

**Sebastian Brehm:** [„Nicht die Schuldenbremse gefährdet den Wohlstand gefährdet, sondern ihre Aushöhlung. Wir brauchen keine Wiederholung](#)

von 1982 und 2005, als SPD- Bundesregierungen die Staatsfinanzen vor die Wand gefahren haben. Es hat jedes Mal Jahre gedauert, bis sich das Land von den Folgen dieser Politik erholt hatte. Habecks Sondervermögens-Idee unterstreicht die Maßlosigkeit rot-grüner Schuldenpolitik.“

## Wirtschaftswende für Deutschland



Deutschland ist eine Wirtschaftsnation, das Land des Mittelstandes und der Hidden Champions. „Made in Germany“ ist ein global geschätztes Qualitätssiegel. Mit der Sozialen Marktwirtschaft haben wir das erfolgreichste Wirtschaftsmodell entwickelt und das politische Versprechen einlöst, dass Wohlstand für alle möglich ist. Doch in aktuellen Wachstumsprognosen ist Deutschland Schlusslicht. Wie wieder Wachstum erreicht und Wohlstand gesichert werden kann, haben wir als CDU/CSU-Fraktion in dieser Woche u.a. mit Unternehmern aus allen Bereichen der Wirtschaft in Berlin diskutiert.

## Stelldichein auf der NürnbergMesse



Seit zwölf Jahren ist der Unternehmer-Kongress mit Neujahrsempfang der Treffpunkt der mittelfränkischen Wirtschaft zum Jahresbeginn. Zentrales Thema der rund 800 Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik der Metropolregion in diesem Jahr in der NürnbergMesse: Innovationen und Transformationen für kleine und mittlere Unternehmen in Krisenzeiten, um sich für eine erfolgreiche Zukunft zu rüsten. Danke für die interessanter Gespräche und Anregungen.

**Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

[sebastian.brehm@bundestag.de](mailto:sebastian.brehm@bundestag.de)

[www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de)



**Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.**